

# Perspektiven linker Politik in NRW

19. Februar 2005 in Essen

Tagungsdokumentation



## Inhaltsverzeichnis

Editorial .....	1
(Peter Bathke)	
Wer ist links, was ist links? .....	4
(Fritz Meinicke)	
Wie ändern sich die politisch Handelnden (Linken)? Sozialismus jetzt leben .....	6
(Ulrich Adler)	
Die Welt & NRW verändern, ohne die Macht zu ergreifen?.....	10
(Mark Unbehend)	
Perspektiven linker Gewerkschaftspolitik vor Ort.....	13
(Fritz Meinicke)	
„Antifaschistische“ Arbeit .....	16
(Sandra Fuhrmann)	
Wie kommen wir von linken Diskussionen zu gesellschaftlichem Handeln vieler, nicht nur Linker, in NRW? .....	18
(Peter Bathke)	
Was sind Perspektiven linker Jugendpolitik, besonders gegen Rechtsrock und autoritäre Einstellungen? .....	19
(Susanne Spindler)	
Linke Aktionsformen/linke (Sub-) Kultur .....	23
(Emilie Bureau)	
Wir sind nicht viele, aber es gibt uns! In welcher „Phase“ stecken wir eigentlich?.....	25

(Peter Bathke)

Open Spaces!-Öffentliche Räume (zurück) erobern, anbieten.....28  
(Susanne Spindler)

Was macht Open Space auch für linke Diskussionskultur attraktiv? ..... 31  
(Rita Bergstein)

Rezenion: „Der Schrei“ Oder: Ohne Macht die Welt verändern? ..... 33  
(Mark Unbehend)

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Im Sommer 2004 entstand die Idee, in Nordrhein-Westfalen mit Blick auf die im Mai 2005 anstehende Landtagswahl einen Kongress zu veranstalten, auf dem über die künftige Landespolitik der PDS zu sprechen sei. Ausgangspunkt war also die Absicht, auf diesem Kongress im gemeinsamen Diskurs der Linken Perspektiven zu formulieren, die strategische Linien für die sozialen und politischen Kämpfe der nächsten Jahre aufzeigen sollten. Wir verfassten Konzeptionen, die nach Sachthemen der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Politik der Herrschenden strukturiert waren. Auf der Suche nach vergleichbaren Konferenzen stießen wir auf Aleksa, das „Alternative Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen“ der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, auf die Veranstaltungsreihe des Rosa-Luxemburg-Bildungswerks „Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen?“ oder den von einem Bündnis aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und anderen Initiativen vom 14. bis 16. Mai 2004 in Berlin organisierten „Perspektivenkongress“. Unter Berücksichtigung vieler wohlmeinender Hinweise wuchs sich unser Konzept zu einer Mammutveranstaltung aus, die dennoch nicht allen Ansprüchen hätte gerecht werden können.

Im November 2004 besannen wir uns eines Besseren. Angeregt durch unser Vorstandsmitglied Mark Unbehend und die erfahrene Moderatorin Rita Bergstein wandten wir uns der Methode „Open space“ zu, die allen Beteiligten einen hierarchiefreien Raum geben sollte, um mit Gleichgesinnten jene Fragen zu erörtern, die ihnen schon lange unter den Nägeln brannten. Das bedeutete: Keine Referate, keine vorstrukturierten Arbeitsgruppen, keine Podiumsdiskussionen, keine anerkannten Persönlichkeiten als Zugpferde. Alle sollten als gleichberechtigte „Experten“ eigenverantwortlich miteinander diskutieren.

Natürlich formulierten wir in der Einladung zu unserem Kongress „Perspektiven linker Politik in NRW“, worum es uns ging: Von der Anti-Hartz-Demo zur Friedenskundgebung, von der Kommunalwahl zur Landtags- oder Bundestagswahl, von Sozialtagung zu Vernetzungsversuchen – immer wieder steht die Linke vor dem gleichen Dilemma:

- Macht Widerstand gegen neoliberale Politik überhaupt Sinn, wenn die Regierenden diesen nicht einmal zur Kenntnis nehmen?
- Hat die Linke wirklich eine Perspektive in Deutschland, Europa und der Welt?
- Wenn ja, was sind Perspektiven linker Politik in NRW?

In Kontinuität zur Tagung der RLS NRW am 23. Oktober 2004 in Köln zum Thema „Zerstörung des Sozialstaats und Widerstand in Europa“ wollten wir die Suche nach den Subjekten sozialer und politischer Veränderungen fortsetzen. Im Grunde bewegte uns die Frage: Wie wird linke Politik handlungsfähiger und erfolgreicher? Wir äußerten unsere Überzeugung, dass die Chancen der Linken besser stehen, als wir annehmen. Als Motto des Kongresses bestimmten wir die Frage: „Was will die Linke verändern?“

Dieses ungewohnte Tagungskonzept fand nicht nur Unterstützung. Uns wurde vorgeworfen, „neumodischem Quatsch“ aufzusitzen, Geld und Mühe unsinnig zu vertun, anstatt alle Kraft in die tagespolitischen Wahlkämpfe einzubringen. Zuspruch erhielten wir dagegen aus der RLS-Bundesstiftung von Cornelia Hildebrandt, Dieter Schlönvoigt und Florian Weis. Am 19. Februar 2005 fuhren wir OrganisatorInnen folglich mit bangem Herzen zur Zeche Carl in Essen. Wie würde es laufen?

Es kamen Mutige aus allen Teilen NRWs von Bonn bis Münster. Zu den TeilnehmerInnen gehörten langjährige Betriebsräte, KommunalpolitikerInnen, wie z.B. von der „Bunten Liste“ in Löhne oder der Ratsfraktion der PDS/Offenen Liste Essen, aber auch Mitglieder der NRW-Landesvorstände von PDS und ASG sowie AktivistInnen aus der globalisierungskritischen Bewegung. Sie alle brachten ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Ideen in die Tagung ein. Das begann mit der Benennung von 15 Themen für Workshops und der Eintragung in die Teilnehmerlisten, woraus

sich ergab, dass 10 Workshops stattfanden. Es setzte sich in der lebhaften und gleichberechtigten Debatte in den Workshops fort. Und es manifestierte sich im Ergebnis: Es wurden gedankliche Ansätze diskutiert, die weit über die Strategie und Taktik der Tagespolitik hinaus reichen, so z.B. in dem Workshop „Die Welt und NRW verändern, ohne die Macht zu ergreifen?“ Es wurde die Befindlichkeit der TeilnehmerInnen selbst hinterfragt, etwa in den Workshops „Wer ist links, was ist links“ und „Was muss die politisch handelnde Linke an sich selbst verändern?“ Oder es wurden „Linke Aktionsformen/linke (Sub-)Kultur“ erörtert und die Frage gestellt, wie sich „Öffentliche Räume (zurück-)erobern, anbieten ...“ lassen.

Rückblickend lässt sich mit Fug und Recht sagen: Verlauf und Ergebnis des Perspektivenkongresses der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW bestätigen, dass es lohnt, neue Wege zu gehen. Wir haben die Anregungen, die uns wichtig erschienen, in den folgenden Berichten über die Workshops festgehalten. Möge die geneigte Leserin oder der uns gewogene Leser sich ihr/sein Urteil selbst bilden.

Peter Bathke

Vorsitzender der RLS NRW

## „Wer ist links, was ist links?“

Zunächst erschien alles ganz einfach! Sich links nennende Personen, Parteien und Verbände könnten dann also auch diesem Begriff entsprechend als links bezeichnet werden. Als Kriterium trafen wir einen operativen Konsens: Das Eintreten für Freiheit, Humanismus, gesellschaftlichen Fortschritt, Religionsfreiheit, soziale Gerechtigkeit, Frieden und der Kampf gegen Unterdrückung, Diktaturen, Ausbeutung- eben links?!

Dies kam z.B. sowohl in der Parole der franz. Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ zum Ausdruck (und war dort kennzeichnend für die bürgerliche Revolution) als auch in der Forderung der russ. Oktoberrevolution: Arbeit, Brot, Frieden!

Im allgemeinen Sprachgebrauch und Verständnis wird *links* in erster Linie mit Sozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten in Verbindung gebracht: als Selbstverständnis dieser Gruppen oder auch als Beschimpfung, Verleumdung und Verfolgung durch ihre Gegner. Von der AG wurde als Voraussetzung für linkes Denken und Handeln *heute* eine grundsätzlich radikal-demokratische und antikapitalistische Einstellung angesehen.

Hier wurden dann auch die Schwierigkeiten in der Diskussion sichtbar. Reicht es (nicht) für Linkssein aus, lediglich für so genannte Reformen im bestehenden System des bürgerlich-kapitalistischen Staates oder auch einer noch existierenden konstitutionellen Monarchie einzutreten - oder ist „echtes“ Linkssein verbunden mit der Absicht revolutionärer Umgestaltung?

Hier wurde erinnert an die Richtungskämpfe in der ArbeiterInnenbewegung, an die Begriffe Reformismus, Revisionismus, Opportunismus bis hin zu Stalinismus und Trotzismus.

Zu einer *abschließenden*, einheitlichen Begriffsbestimmung kam die Arbeitsgruppe aus Zeitgründen nicht. Ein Wort eines Sozialdemokraten wurde zitiert: "Es ist gleichgültig, ob man vom Geist der Bergpredigt, dem katego-

rischen Imperativ eines Kant oder der Analyse eines Karl Marx ausgeht, man steht links!" (Kurt Schumacher)

Wichtig war noch der Hinweis, dass Rechtssein immer in Verbindung mit Reaktion, Unterdrückung, Kapitalismus, Faschismus und Krieg in Verbindung gebracht wird. Oskar Lafontaine wurde zitiert: "Das Herz wird noch nicht an der Börse gehandelt!"

Ein wichtiger Aspekt wurde abschließend hervorgehoben: Nicht alles, was sich in der Vergangenheit als links verstand, betrieb auch linke Politik. Auch heute ist nicht alles links, wo links draufsteht. Eine genaue Zuordnung wird deshalb immer im Strudel der ideologischen und politischen Auseinandersetzungen umstritten sein.

Letztlich wird immer die Praxis, das Handeln, das Kriterium der Wahrheit sein.

Fritz Meinicke



## Was muss die politisch handelnde Linke an sich selbst verändern?

Arbeitslosigkeit und wachsende Verarmung der Menschen in unserer Gesellschaft führen zu Verunsicherung und Parteienverdrossenheit.

Bei Parlamentswahlen erleben wir, dass die Bürgerinnen und Bürger zunehmend nicht zur Wahl gehen oder die SPD mit Wahl der CDU bestrafen oder umgekehrt. Rechtspopulisten bekommen Aufwind.

Jedoch: Die Stimmergebnisse der Linken fallen mager aus. Ihre gut durchdachten gesellschaftlichen Alternativentwürfe zur herrschenden Verarmungspolitik werden im gesellschaftlichen Diskurs kaum wahrgenommen. Ernsthafter Widerstand gegen den ausufernden Neoliberalismus formiert sich völlig unzureichend. Für diese Situation gibt es viele Gründe, die von der Linken wenig beeinflusst werden können. Schwer zu durchbrechen ist z.B. die Totschweigtaktik der herrschenden Medien, welche die Linke am Boden zu halten suchen. Jedoch muss ebenso festgestellt werden, dass, auch wenn unsere Argumente und Alternativen gehört werden, sie zu wenig Anklang finden.

Offensichtlich macht die Linke Fehler in ihrer Selbstdarstellung (die meines Erachtens auch Rückschlüsse auf ihr Selbstverständnis aufkommen lassen).

Es stellt sich die Frage: Was muss die Linke an sich selbst ändern, um mehr Vertrauen bei den Menschen zu gewinnen?

Das Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ ist nur ein Grund für das Misstrauen.

Den Linken wird auch deswegen mit Skepsis begegnet, weil ihnen unterstellt wird, dass sie mit ihren Visionen und Idealen einer besseren Welt, wenn überhaupt, nur in Zukunft Antworten auf die Nöte der jetzigen Menschen hätten. Für die aktuellen Gegenwartsfragen trauen die Menschen den Linken keine Kompetenz zu und misstrauen selbst konkreten Vorschlägen.

Dieser Vorbehalt der Menschen in unserem Land gegenüber den Linken weist auf eine entscheidende Selbstverständnisfrage der Linken hin:

Ist Sozialismus eine alleinige Zukunftsfrage, oder sind wir dazu aufgefordert, den Sozialismus hier und heute zu leben?

Theoretisch sollte die Frage geklärt sein. Ist doch bei K. Marx und F. Engels in der MEGA Abt. I Bd. 5 Seite 25 zu lesen: "Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt."

Mit dem „jetzigen Zustand“ war nicht nur die ökonomische Situation der ausgebeuteten Menschen gemeint.

"Nach Auffassung von Marx war der Sozialismus keineswegs in erster Linie eine Bewegung, bei der es um die Abschaffung der wirtschaftlichen Ungleichheit ging. [...] Das Ziel des Sozialismus war Individualität und nicht Uniformität. Es ging ihm nicht darum, materielle Ziele zum Hauptanliegen des Lebens zu machen. Sein Grundsatz lautet, dass jeder Mensch Selbstzweck sei und niemals anderen Menschen als Mittel dienen dürfe." (Erich Fromm, Gesamtausgabe Band V Seite 281)

Dieser entscheidende Grundsatz des Sozialismus wurde in der Ära des Stalinismus bei den Parteien der Komintern völlig aufgegeben. Das einzelne Mitglied der Partei verschwand als eigenständige Persönlichkeit und wurde zum austauschbaren „Schräubchen“. ....

"Die dadurch bewirkte geistige Unbeweglichkeit mündete unter der Flagge der geforderten Linientreue in den geistigen Terror, der schließlich ein physischer wurde. (.)...] Alles Private hatte zurückzutreten gegenüber der „Sache“. Persönliche Freundschaft war bedeutungslos gegenüber dem Interesse „der Partei“. Was/Wer die Partei war, wem die Treue zu gelten hatte - das bestimmte die jeweilige Parteibürokratie." (Oleg Dehl, Verratene Ideale, Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion, Seite 375).

Die Aufgabe der linken Persönlichkeit i.S. handelnder, sich als Links verstehender Menschen um der „Sache“ (Belange der Partei) willen zu verstehen ist eine Einstellung, die der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft diametral entgegensteht und endgültig überwunden sein sollte.

Rosa Luxemburg gehörte „zu den wenigen, die das Bild eines authentischen Sozialismus nicht nur zu propagiert haben, sondern ihm entsprechend auch lebten. Dieser Sozialismus wäre eine ernst zu nehmende Alternative zum Kapitalismus“

schrieb Oskar Negt in der Buchbesprechung zu Annelies Laschitzas Luxemburgbiographie (Neues Deutschland 28. bis 31. März 1996)

Um die Menschen in unserer Zeit für den Sozialismus zu gewinnen, gilt es insbesondere auch von der Lebensklugheit Rosa Luxemburgs zu lernen.

Das Leben im Hier und Jetzt mit beiden Händen zu greifen war für sie selbstverständlich. Sie riet, das Leben so zu akzeptieren, wie es seit jeher ist.

Rosa Luxemburg schrieb: „... alles gehört dazu: Leid und Trennung und Sehnsucht. Man muss es immer mit allem nehmen und alles schön und gut finden. Ich tue es wenigstens so. Nicht durch ausgeklügelte Weisheit, sondern einfach so aus meiner Natur. Ich fühle instinktiv, dass das die einzige richtige Art ist, das Leben zu nehmen, und fühle mich deshalb wirklich glücklich in jeder Lage. Ich möchte nichts aus meinem Leben missen und nichts anders haben, als es war und ist. Wenn ich Sie doch zu dieser Lebensauffassung bringen könnte.“ (GW 2 S. 226, zit. n.: Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch trotz alledem Rosa Luxemburg. Eine Biographie)

Gerade diese Lebenseinstellung, in Achtsamkeit für ihre Umgebung, für Menschen und Natur zu leben, gaben Rosa Luxemburg Kraft und Ausstrahlung. Sie scheute sich nicht zu schreiben, dass sie sich in einem Stück Garten mehr in ihrer Heimat fühle als auf einem Parteitag. Im selben Brief: „Sie werden nicht gleich Verrat am Sozialismus wittern. Sie wissen, ich werde trotzdem hoffentlich auf dem Posten sterben: in einer Straßenschlacht oder im Zuchthaus.“ (R. L. Briefe aus dem Gefängnis Seite 26 Dietz Verlag 1961)

Die Menschen, die sich als Linke in unserem Land bezeichnen, mögen sich durch Rosa Luxemburgs Beispiel ermutigt fühlen, ein sozialistisches Leben in der Gegenwart zu führen. Es gilt, mutig und tapfer gegen Sozialabbau und für Frieden und Umweltschutz einzutreten. Solidarisch leben, achtsam, mit Mitgefühl und im gegenseitigen Respekt ist gelebter Sozialismus, der auch Ausstrahlungskraft für ein alternatives Gesellschaftsmodell wiedergewinnt.

Wenn die Linke in unserem Land wieder eine Chance bekommen will, muss sie es lernen, einen Pluralismus der Überzeugungen untereinander auszuhalten (sich eben nicht gegenseitig auszugrenzen, siehe Adam Schaff, Ökumenischer Humanismus).

Dann gilt es, den Pluralismus der Überzeugungen als Multiplikator der Bewegung zu nutzen.

Es muss gelingen, eine gemeinsame Bewegung der fortschrittlichen Parteien und Gruppierungen zu schaffen, die sich einig sind in der Notwendigkeit des Handelns für ein gemeinsames Ziel.

Der drohende Absturz in die Barbarei ist nur durch ein starkes Bündnis der Linken d.h. aller fortschrittlichen Kräfte zu verhindern.

Ulrich Adler

## „Die Welt & NRW verändern, ohne die Macht zu ergreifen?“

Die Entstehung der Arbeitsgruppe hatte eine Vorgeschichte: In der Gruppe von Aktiven der RLS NRW, welche die Open-Space-Tagung vorbereitete, sollte ein Motto für den Open-Space-Teil gefunden werden. Eine prägnante Fragestellung, unter der alle Linken etwas verstehen können, war gesucht. Einer der Anwesenden vertrat die These, dass allen Linken an der Machtergreifung gelegen sei – demnach sei Macht das Stichwort, um das sich ein solches Motto ranken sollte. Doch das schien mir zu kurz gegriffen, zumal ein großer Teil der linken Bewegung nichts mit Machtergreifung im herkömmlichen Sinne (Parteipolitik etc.) zu tun haben will. Wir konnten uns dann in der AG auch darauf verständigen, dass „Veränderung“ ein identitätsstiftender Begriff für die Linke ist, und dass das Motto „Was will die Linke verändern?“ ein besseres für den Open-Space-Teil sei. Doch im Anschluss an die Sitzung der AG ging mir das Buch „Die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen“ von John Holloway nicht mehr aus dem Kopf, nachdem in der AG die genannte These von der Machtergreifung geäußert worden war.

So motiviert, entlehnte ich den Titel der Arbeitsgruppe bei Holloway und schlug zur Diskussion vor: „Die Welt & NRW verändern, ohne die Macht zu ergreifen?“. Nicht nur, dass sich noch weitere 8 Teilnehmende für dieses Thema interessierten, ich hätte mir auch nicht träumen lassen, dass ich so viel Neues und Vergessenes zu Holloways Buch erfahren würde.

Wie es der Zufall wollte, hatten wir einen echten Kenner der Holloway'schen Sichtweise unter uns, der schon mehrere Vorträge über Holloway gehalten hatte. Dieser legte uns in einem spontanen Kurzvortrag Holloways Denken dar: Der in der globalisierungskritischen Bewegung verankerte Holloway stellt eine vermeintliche Grund-Dichotomie in Frage, nämlich die nach: Revolution oder Reform. Beide Ansätze haben nach Holloway nicht zur gewünschten Veränderung geführt, weshalb es gelte, einen anderen Ansatz zu finden. Den findet Holloway bei den Zapatisten in Mexiko und im auf den Punkt gebrachten „Think global, act local!“ (Global denken, lokal handeln) Das „Autonomiekonzept“ der Zapatisten wurde kurz dargestellt, die Verbindung emanzipatorischer Politik mit dem Leben indigener Gemeinden, unter Verweigerung des Anspruchs auf politische

Ämter und Regierungsbeteiligung, die Verbindung lokaler Arbeit mit moderner und globaler Öffentlichkeit. Und auch die Bedeutung der zapatistischen „transgalaktischen Treffen“, aus denen die Weltsozialforen hervorgingen und die als Initialzündung für die globalisierungskritische Bewegung verstanden werden kann.

Das „Eingangreferat“, welches ich leider nicht in aller Ausführlichkeit darstellen kann, leitete über in eine temporeiche Diskussion. Hier nur einige der diskutierten Fragen: Streben es alle Linken an, die Macht ergreifen zu wollen? Was ist schlecht an Macht? Ist Macht nicht etwas Gutes, wenn „Macht“ bedeutet, mitreden und mitentscheiden zu können (z.B. in Betrieben)? Bedarf es nicht eher einer neuen politischen Strategie der Linken jenseits der Fixierung auf den Staat und dessen Organisationsformen? Gibt es Alternativen zur Parteipolitik? (Das Neue ist noch nicht vorhanden vs. das Neue ist im Alten vorhanden (Marx)?)

Leitfrage für die zweite Hälfte der Diskussion in der AG war dann, ob und wie die zapatistischen Ansätze auf die reicheren Länder übertragbar seien oder ob es sich dabei nur um lokale, durch Armut entstandene Phänomene handelt (z.B. Zusammenbruch der Ökonomie in Argentinien und Entstehung der Picetero-Bewegung)? Sind also Emanzipation und Selbstbestimmung im Hier und Heute, im und trotz des Kapitalismus entfaltbar?

Die Diskussion führte schnell zu dem konkreten Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens, welches dann den Rest der Diskussion bestimmte.

Pro Grundeinkommen wurde angeführt, dass es Menschen die Möglichkeit eröffnen würde, relativ autonome Räume zu schaffen. Es wurde die These vertreten, dass ein solches Grundeinkommen oder Existenzgeld Freiheit für alternative Tätigkeiten jenseits der Lohnarbeit geben würde und insofern antikapitalistische Effekte hätte, da kapitalistische Arbeit dann attraktiver gemacht werden müsse und der Zwang zur Vollerwerbstätigkeit nicht mehr da wäre, sich somit Arbeitszeitumverteilung von alleine ergeben würde. Unklar war die dahinter stehende Definition von „Arbeit“ (Lohnarbeit, Arbeit vs. Tätigkeit im Allgemeinen,...) und ob der Mensch ein grundlegendes Bedürfnis danach habe. Unklar blieb auch, wie ein solches Konzept zu finanzieren sei und wer dann die „unangenehmen“ Arbeiten erledigen solle.

Klar war aber, dass sich ein Netzwerk Grundeinkommen ([www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)) bereits gegründet hat und es in jedem Fall für die Linke Sinn macht, an dieser Diskussion dran zu bleiben.

In Bezug auf die Machtfrage wurde in Verbindung mit der Idee des Grundeinkommens diskutiert, wie mensch sich die Macht schafft, das Grundeinkommen durchzusetzen.

Es war ein sehr munterer und anregender Workshop. Viele Fragen blieben in den Köpfen der Anwesenden, und das ist gut so. Und vielleicht ist es auch gerade das, was die Linke ausmacht: Fragen?

Mark Unbehend

## Perspektiven linker Gewerkschaftspolitik vor Ort

Die Arbeitsgruppe, bestehend aus langjährigen Mitgliedern und Funktionären der verschiedenen Einzelgewerkschaften im DGB, diskutierte die gegenwärtige Politik ihrer Gewerkschaften und des DGB auf örtlicher und überörtlicher Ebene unter der Fragestellung, welche Rolle und Funktion die Gewerkschaften im heutigen krisengeschüttelten Kapitalismus haben und wie ihre Praxis aussieht.

Marx klassische Definition der Gewerkschaften als Sammelpunkte des Widerstandes bzw. als Schulen des Sozialismus fehlte dabei ebenso wenig die Frage des Soziologen Oskar Negt: "Wozu noch Gewerkschaften?"

Dabei wurde konstatiert, dass Gewerkschaften sowohl Ordnungsfaktor wie auch Gegenmacht sind bzw. sein müssen und diese Doppelfunktion ihre schwierige Lage kennzeichnet.

Ihre klassische Rolle ist nach wie vor der Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen und die bestmöglichen Ergebnisse beim Verkauf der Ware Arbeitskraft. Diese "Lohnfragen" sind, wie immer schon, Machtfragen!

Dabei stehen sie gegenwärtig einer großen Koalition von rot-grün-schwarz und den Arbeitgeberverbänden gegenüber, die sich nur in Radikalität des geplanten Sozialabbaues und der Verschlechterung des Sozial- und Arbeitsrechts punktuell unterscheiden.

Deshalb steht auch besonders die Verteidigung der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrages auf der Tagesordnung der im vollen Gange befindlichen Klassenkämpfe.

Eine wichtige Frage waren in der Arbeitsgruppe auch die früheren Mobilisierungserfolge mit den großen Demonstrationen 2004 in Berlin und Köln, wo rund 100000 Menschen gegen die Agenda 2010 auf die Straße gingen. Basis dieses Erfolges war das breite zivilgesellschaftliche und außerparlamentarische Bündnis einschließlich der Gewerkschaften, das den eindrucksvollen Protest gebündelt hat.

Leider ist diese Mobilisierung seitens des DGB nicht aufrechterhalten worden. Die Führung des DGB unter Michael Sommer ist eingeknickt und hat mehr oder



weniger ihren Frieden mit der Politik von Schröder, Fischer, Clement, Hundt und Rogowski gemacht.

Es wurde darüber diskutiert, das der von Sommer vorgenommene "Rückzug auf Raten" auf ein Strategiepapier der McKinsey & Company fußt, eine schon in den USA gegen Roosevelts New Deal agierende 10.000 Mann- Armee von „ Beratern“, die unter dem Kampfruf „Leute entlassen. Gewinne steigern“ in einen Vernichtungskrieg gegen jeden Sozialstaat gezogen ist. Eine Armee, die ihren bevorstehenden Sieg in Deutschland letztes Jahr auf einem Berliner Empfang im Pergamon-Museum, im Dom und in anderen dazu für die Öffentlichkeit gesperrten repräsentativen Einrichtungen dieser Republik mit Bischöfen und Ministern und 5000 Gästen aus aller Welt feierten.

Den „heißen Sommer“, den der Gewerkschaftsvorsitzende dem Hartz -IV-Kanzler angedroht hatte, wird es nicht geben. Lediglich bat Sommer den Kanzler um einige Nachbesserungen an Hartz IV und ging auf Schulterchluss mit dem Kanzler. Nur von der Gewerkschaft Verdi sind hin und wieder kritische Töne zu hören. In dieser Krise der DGB-Spitze wird die Ursache der Mitgliederkrise gesehen. Denn der Organisationsgrad im DGB fiel seit der Wiedervereinigung von 26 auf 17%. Von 32 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und Beamten sind nur noch 5,5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, vor 15 Jahren waren noch 11,8 Millionen organisiert; eine Entwicklung, die, Dies, so die Arbeitsgruppe, liege in erster Linie an mangelnder Kampfbereitschaft und verlorenen Tarifikämpfen erklärt werden muss.

Es fehlt an strategischen Alternativen und klar formulierten Kampfzielen. Dabei könnte z.B. ein Schwerpunkt die Arbeitszeitfrage sein. Es geht um Widerstand gegen Arbeitszeitverlängerung, um die Aktualisierung der Aufgabe der Arbeitsumverteilung und um die Frage „wem gehört die Zeit?“ Momentan, so wurde übereinstimmend festgestellt, findet ein abgestimmter und auf breiter Front vorangetriebener Angriff der Gegenseite statt: im öffentlichen Dienst, in der Druckindustrie, in der Metall- und Elektroindustrie, aber ebenso im Einzelhandel mit der von Clement aufgegriffenen Forderung nach kompletter Freigabe der Ladenöffnungszeiten sowie in der Rentenversicherung mit dem Ziel der Verlängerung der Lebensarbeitszeit (bzw. entsprechenden Rentenkürzungen). Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich ist darüber hinaus ein Lohnsenkungspro-

gramm für die Belegschaften. Insofern stellt sich bei der Arbeitszeitfrage derzeit die Verteilungsfrage in dramatischer Form.

Weiter diskutiert wurden noch das Problem der Privatisierung öffentlicher Güter, der „Rentenklaue“, die solidarische Bürgerversicherung, die tatsächlich alle Einkommen umfasst.

Unterstrichen wurde auch, dass Gewerkschaften besonders eine Stärkung der betrieblichen Strukturen brauchen. Wichtig ist auch eine Politisierung der Betriebsarbeit; sie ist legitim gegenüber der neoliberalen Einheitspartei und darum sollten die Themen Sozialabbau und Umverteilung sowie eine Steuerpolitik zugunsten der Manager und Reichen stärker in den Mittelpunkt gewerkschaftlicher Politik und auch ihrer Bildungsarbeit gestellt werden.

Die zu starke Bindung der Gewerkschaften an die SPD ist lähmend für eine klare Widerstandslinie gegen die herrschende, sozialreaktionäre Politik in Deutschland und darüber hinaus. Dies gilt es zu überwinden.

Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch die Effizienz der derzeitigen Mitbestimmungsgesetze, die Notwendigkeit der erforderlichen Einschränkungen der Kapitaldominanz und Maßnahmen zur Brechung des Diktats des Marktes.

Fritz Meinicke



## „Antifaschistische“ Arbeit

Nach dem Mittagessen, den Bauch voll von leckerem Essen, fanden wir uns zu zweit etwa eine viertel Stunde später als vorhergesehen an dem AG Platz wieder. Na sollen wir was tun, oder doch lieber nicht? Schließlich sind wir nur zu zweit. Doch gut, dass wir angefangen haben, denn nach und nach kamen immer mehr Leute.

Zu Anfang diskutierten wir, in wie weit Gedenkstättenfahrten als Mittel zur Aufarbeitung der Geschichte sinnvoll sind. Wir stimmten darin überein, dass Gedenkstättenfahrten sehr sinnvoll sind, da Informationen über verschiedene Ebenen aufgenommen werden. Des Weiteren nimmt eine Fahrt zu einer Gedenkstätte viel mehr Raum und Zeit ein, und dies in geballter Form, als zum Beispiel ein Buch zu lesen oder Ähnliches. Allerdings ergibt sich hieraus ein Problem: Insgesamt haben einige TeilnehmerInnen beobachtet, dass es bspw. in der Jugendarbeit überhaupt nicht mehr selbstverständlich ist, zu Gedenkstätten zu reisen.

Das Problem der „antifaschistischen“ Arbeit tritt also früher auf, nämlich bereits mit der Frage, wie Menschen mit dem Thema konfrontiert werden könnten. Wie werden bspw. Jugendliche für Gedenkstättenfahrten motiviert?

Ein weiterer Diskussionspunkt war, wie das Thema in der Schule aufgearbeitet wird. Auch hier scheint es eine Verschiebung zu geben, oder zumindest große Unterschiede, ob die Lehrenden Interesse daran zeigen oder nicht. Insgesamt wird das Thema scheinbar eher gemieden oder auch nur oberflächlich behandelt. Hier einen Ansatzpunkt zu finden haben wir als schwierig erachtet. Das Thema ist eben nicht „In“.

Erschwerend hinzu kommt die wenig fundierte Debatte um ein NPD-Verbot. Es geht hier um ein Verbot, nicht um Auseinandersetzung. Ebenso wird kaum inhaltlich argumentiert, sondern es geht um verwaltungstechnische Details ob der Durchführbarkeit oder nicht.

Als eine gute Idee kristallisierte sich der Ansatzpunkt heraus, von heute auszugehen, um dann eine Verbindung zu früher darzustellen. So kann der Themenbereich Rechtsextremismus oder auch Gewalt an Schulen oder der Umgang mit Minderheiten hinterfragt werden. Die Menschen sollen ihre Lebenssituation darstellen, was diese Themen mit ihnen zu tun haben. Eine weitere Möglichkeit der

antifaschistischen Arbeit sah die Arbeitsgruppe darin, Aussteiger aus der Rechten Szene zu Wort kommen zu lassen und aufzunehmen, wie dieser Mensch in diese Situation gekommen ist.

Debatten um verschiedene Lebenssituationen und Alternativen zu führen ist notwendig, mit dem Ziel des gegenseitigen Respekts! Als Buchtipp sei erwähnt: Gad Beck: „Als Gad zu David ging“

Sandra Fuhrmann

## Wie kommen wir von linken Diskussionen zu gesellschaftlichem Handeln vieler, nicht nur Linker, in NRW?

Der Workshop begann zunächst mit großem Lamento: In der Theorie seien die Linken zwar stark, aber es gelinge nicht, viele Menschen politisch zu mobilisieren. Andererseits sei zu verzeichnen, dass linke Ratsgruppen sich für kommunalpolitische Tagespolitik engagieren, aber an einer Durchdringung theoretischer Probleme nicht interessiert seien.

Beklagt wurde die Dominanz der bürgerlichen Medien, insbesondere über das Fernsehen. Es bestätige sich die alte Erkenntnis: „Die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden.“ Es seien geradezu volksfeindliche Ideen, die zunehmend das Bewusstsein der Menschen bestimmen. Das erkläre zum großen Teil, warum es kaum Erfolgserlebnisse im Kampf gegen die neoliberale Politik gebe. Wenn z.B. die Bildzeitung Kritik an bestimmten Auswüchsen der Politik übe, erwecke dies beim Bürger den Anschein, die Missstände seien ja öffentlich gemacht und er könne sich beruhigt zurücklehnen.

Der Arbeiterschaft sei wohl bewusst, dass sie betrogen werde, wenn trotz steigender Profite und Aktienkurse Entlassungen erfolgen. Trotzdem käme es nicht zu massenhaften Protesten. Die Ursache dessen sei die seit Jahrzehnten geschürte antikommunistische Grundstimmung. Gleichzeitig entwickle sich die gewerkschaftliche Bildungsarbeit rückläufig; angeblich sei die Theorie der Klassengegensätze Ballast und werde nicht mehr gebraucht. Selbst wenn es zu großen Demonstrationen wie gegen den Irakkrieg oder gegen die Agenda 2010 und Hartz IV kommt, ändere dies nichts an der Regierungspolitik, an den Gesetzen, an den Machtverhältnissen. Das bewirke Ermüdungserscheinungen.

Dem Kurs einer desillusionierten Bestandsaufnahme folgte aus der Sicht der älteren Teilnehmer nachgerade ein Déjàvu idealistischer Ansätze der eigenen politischen Vergangenheit, nunmehr als Konzept von jüngeren Teilnehmern vorgebracht: Man müsse die Menschen darüber aufklären, dass die bürgerliche Demokratie nur den Konzerninteressen diene. Es gelte, die Resignation der Menschen aufzubrechen. Man müsse linkes Gedankengut unter die Leute bringen. Es sei notwendig, die gesellschaftliche Grundstimmung in der Bundesrepublik zu

verändern. Dazu müsse man eigene Zeitungen herausgeben, Artikel und Bücher schreiben, sich Zugang zu den elektronischen Medien verschaffen, private Kontakte in der Nachbarschaft und beim Sport nutzen.

Das löste Widerspruch der älteren TeilnehmerInnen aus: Dies hätten sie seit Jahrzehnten versucht, der bürgerliche Mainstream sei aber übermächtig. Die Initiatorin des Workshops verließ den Workshop, weil sie sich nicht schulmeistern lassen wollte, und wechselte zu einem anderen Workshop. Es gab aber auch leisere, nachdenkliche Töne, etwa mit der Frage. „Sind wir zu ungeduldig? Sollten wir nicht lieber eine andere historische Phase abwarten?“

Schließlich mündete die Debatte in diskursives Fahrwasser. Erörtert wurde, welche wirksamen Methoden es gibt, der neoliberalen ideologischen Hegemonie Widerstand entgegenzusetzen. So sollten die Linken für einen Boykott bestimmter Medien und Medienprodukte wie der Bildzeitung oder der Fernsehsendung von Sabine Christiansen werben bzw. sich von ihnen nicht missbrauchen lassen. Es sollte eine klare Sprache verwendet werden; die Vernichtung von Arbeitsplätzen und von Existenzen solle man als Terrorismus der Herrschenden bezeichnen.

Die Linken müssten die Massen dort abholen, wo sie sind. Dies gelinge am besten über eine wirksame Interessenvertretung. So gelang es bei den Kommunalwahlen 2004 in Oberhausen, einen Stimmenanteil von über 6 Prozent für die PDS/Linke Liste zu erringen, weil diese zuvor mit Bürgerinitiativen, -begehren und -entscheiden die Interessen der Menschen verteidigt hatte. Unterstützung fand das linke Bündnis bei der Bürgerinitiative „Hände weg vom kommunalen Eigentum“, was dazu führte, dass auch traditionell nichtlinke Wähler für die PDS/Linke Liste stimmten. Aufschlussreich ist zurzeit eine Bewegung in Westfalen gegen die Gaspreiserhöhung: Über Hunderttausend Einwohner weigern sich, den Mehrpreis zu zahlen, fordern die Rücknahme der Erhöhung und entrichten ihre Gebühren auf Sperrkonten.

Angeregt wurde, stets nach neuen Formen der Auseinandersetzung zu suchen, die massenwirksam sind, selbst wenn sie formal die Gesetze übertreten. So wur-

den Aktionen des zivilen Ungehorsams, Hungerstreiks oder längere Mahnwachen, wie von Greenpeace praktiziert, oder die mögliche Verletzung von Bannmeilen vor den Parlamenten und Banken bei bestimmten Aktionen angesprochen. Verwiesen wurde auf interessante Erfahrungen von Massenaktionen in Lateinamerika oder auf die großen Streiks und Demonstrationen in Frankreich und Italien.

Peter Bathke



## Was sind Perspektiven linker Jugendpolitik, insbesondere gegen Rechtsrock und autoritäre Einstellungen?

Ausgangspunkt der Diskussion war das CD-Projekt von 56 Naziorganisationen „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“, das an SchülerInnen verteilt wurde. Dabei diskutierten wir, dass rechte Musik weniger Teil einer Protestkultur ist, als vielmehr, dass sie Jugendliche an die rechte Ideologie heranzuführen soll, indem sie z.B. Unzufriedenheit und die Frage nach unsicheren Zukunftsperspektiven aufgreift. Über Musik werden die Jugendlichen auch emotional angesprochen. Sie bietet damit oft ein Feld der niedrighschwelligigen Begegnung mit Rechtsextremismus und schon organisierten Rechtsextremen und damit auch den Zugang zu rechtsextremen Organisationen.

Ein Teilnehmer der Diskussionsgruppe war ein Jugendlicher aus einer Kleinstadt in der Nähe von Recklinghausen. Durch seine Erzählungen konnten wir in der Gruppe das Thema: „Was können linke Jugendliche gegen Rechtsextreme tun?“ konkretisieren. Er schilderte die Vorgänge in seiner Stadt, in der es viele Nazis gibt; die linken Jugendlichen werden von ihnen bedroht, sind verunsichert und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Gemeinsam mit Freunden hatte er schon mehrere Versuche gestartet, die eigene Situation zu verbessern, hatte aber bisher in bei den kommunalen politischen Gremien nur selten Gehör gefunden. Seine Schilderungen machten deutlich, dass er von den politischen RepräsentantInnen in seinen Bemühungen vielmehr ausgebremst wurde, als von ihnen Unterstützung zu bekommen. An bisher existierenden Aktivitäten in der Stadt gegen Rechtsextreme nannte er ein Open-Air-Fest, das einmal jährlich stattfindet, wohl auch großen Zulauf hat, aber viel zu punktuell ist und für die aktuell schwierige Situation linker Jugendlicher im Alltag kaum Relevanz hat. Die von einigen Jugendlichen zuletzt verfolgte Idee einer Forderung nach einem Kinder- und Jugendparlament, von dem sie sich mehr Mitspracheerechte erhofften sowie eine bessere Einflussnahme auf die Politik, stieß bisher bei den KommunalpolitikerInnen ebenso auf taube Ohren.

Im Laufe der Ausführungen bekamen wir ein genaueres Bild über die Umstände, die Hindernisse und die Situation in der Stadt – und die kam uns doch ziemlich exemplarisch vor; alle GruppenteilnehmerInnen hatten sich selbst schon mit ähnlichen Problemen beschäftigt. Wir versuchten, uns im Verlauf der Diskussi-

on darauf zu konzentrieren, welche Möglichkeiten denn nicht unbedingt zum Scheitern verurteilt sein müssten. Angesichts der Situation des Widerstandes der KommunalpolitikerInnen gegen ein Jugendparlament kamen wir zu anderen Formen der Organisation für Jugendliche, z.B. die der Kinder- und Jugendforen, die uns einfacher durchsetzbar erschienen und für die es Konzepte gibt, sie in selbstorganisierten Prozessen aufzubauen. Allerdings erschien uns die Zielrichtung für eine konkrete antifaschistische Arbeit noch einmal anders gelagert. Und hier erarbeiteten wir dann auch Vorschläge, vor allem entlang der Frage der BündnispartnerInnen und eines geeigneten Raums. Es gibt ein annähernd brach liegendes Kinder- und Jugendzentrum, das bisher seinen Jugendbereich noch nicht ausgebaut hat, aber dazu bereit ist, Raum zu geben und bereit sein könnte, diesen auszuweiten. Konkret ist mit den hier involvierten SozialpädagogInnen zu sprechen.

In der Frage der BündnispartnerInnen kamen wir auf ein breites Spektrum, indem wir die Betroffenen der rechten Aktionen durchgingen: damit sind Schülerinnen und Schüler gemeint, hier kann mit den SchülerInnenvertretungen gesprochen werden sowie mit VertrauenslehrerInnen in der eigenen Schule, um gemeinsame Aktionen zu entwickeln und einen linken Diskurs zu vergrößern. Als Anspruch etablieren könnte man auch das Konzept „Schule ohne Rassismus“. Weiterhin sind MigrantInnen betroffen, die sich von einer Aktionsgruppe zur Mitarbeit angesprochen fühlen können.

Also: Statt auf die Bewegung etablierter politischer Zusammenhänge zu warten selbst Räume erobern und Verbündete finden! Für die Frage, welche Rolle die Rosa-Luxemburg-Stiftung in einer solchen Arbeit spielen könnte, wurde angesprochen, dass sie mit Tipps, Adressen und Literatur weiterhelfen kann, um damit die Vernetzungsarbeit voranzubringen.

Susanne Spindler

## Linke Aktionsformen und linke (Sub-)Kultur

Dieser Workshop schien erst einmal ein Appell an der Praxis zu sein: Was tun? Welche Aktionsformen ermöglichen eine „linkere gesellschaftliche Veränderung“? Die Frage des Wertes war dann aber mehr als wichtig für den Einstieg in die Diskussion: Gibt's überhaupt eine linke Kultur oder/und eine linke Sub-Kultur? Und wenn ja, wie unterscheidet man z.B. eine linke Diskothek von einer anderen? Ist da die Musik ganz anders oder die Einstellung der Besucher, die Kommunikation zwischen den Leuten, oder ist die Wahl der Disc-Jockeys prinzipiell erst einmal so fremdbestimmt und durch den Kommerz diktiert, dass keine linke Kultur Fuß fassen kann? Dies knüpfte wieder an die Grundfrage par Excellence „Was ist die Linke, wer ist Links?“ an.

Nach einer angeregten Diskussion konnten wir einen Konsens erreichen, dass im Rahmen von linken Aktionsformen der Inhalt nicht von den Formen trennbar ist. In diesem Sinne wird Kultur als Form nicht nur zum Vermitteln von Inhalten benutzt, sondern ist davon gar nicht trennbar. Natürlich ist die „Kunst-als-Selbstzweck“-Bewegung nicht zu vergessen, aber all dies hätte eine längere Diskussion erfordert.

Auf jeden Fall war die Idee da, dass es notwendig ist, linke Aktionsformen neu zu entwickeln oder wiederzuentdecken: Wenn eine reine Demo kaum mehr Effekt hat, ist die Kreativität gefordert. Die allgemeine Basis, dass „die Linke“ für Veränderungen neue Räume für Debatten, Aktionen und Politiken finden muss war – wie auch in fast allen anderen Workshops der Tagung – deutlich. Und es war unglaublich – das wäre ohne die freie Methode der Tagung nicht möglich gewesen - wie viele Ideen, oft auf dem selbst Erlebten oder auf reiner Imagination aufbauend, aus diesem „vierköpfigen“ Workshop hervorgingen. Von der kreativen Verfremdung von Werbungen über das spontane Straßentheater und politische Rollen-Spiele, „Guerilla-Marketing“ und politische Konzerte, linke Festivals, um die privatisierten Sphären wieder einzunehmen - ein Konzert in der sAgentur für Arbeit, die Nutzung des Karnevals, um einen Abschiebeknast zu stürmen, Protestlieder-Chor bis zum Streik - ohne hier alles zu erwähnen, die Selbstorganisation auf dem jeweiligen Niveau, mit Hilfe der schon existierenden Strukturen, schien uns wichtig. Der oft gehörte Spruch „Man kann nichts machen“ war auf jeden Fall durch diesen Ideenaustausch entkräftet.

Schade nur, dass auch die Zeit dieses Workshops begrenzt war, sonst hätten wir sicher noch einiges davon einfach ausprobiert.

Zur Fortsetzung empfohlen!!!

Emilie Bureau

Wir sind nicht viele, aber es gibt uns.

In welcher „Phase“ stecken wir eigentlich?

Zu Beginn wurde von einem der Teilnehmer die These aufgestellt, die Phase der schlimmsten Krise der Linken während der 90er Jahre sei überwunden. Dieser Einstieg wurde von den Anwesenden dankbar aufgegriffen, aber sofort mit konkreten eigenen Erfahrungen und Erkenntnissen aus der Kommunalpolitik und den Bemühungen um den Aufbau einer Wahlalternative untersetzt.

Ein Stadtrat der „Bunten Liste“ in Löhne, einer Kommune mit 40.000 Einwohnern, berichtete von seiner nun schon Jahrzehnte währenden Arbeit vor Ort. Seine kommunale Verankerung datiert weit zurück, als er in jungen Jahren mit Gleichgesinnten ein selbstverwaltetes Jugendzentrum aufbaute und verteidigte. Der Freundeskreis von damals ist noch heute die personelle Basis in der Unterstützung seines kommunalpolitischen Wirkens. Leider musste er immer wieder feststellen, dass die Bürger erwarten, dass andere für sie etwas durchsetzen. Er stellte fest, dass der Neoliberalismus dazu führt, dass mensch sich entsolidariert, weil er überleben will. Gleichzeitig werden die Linken von der bürgerlichen Politik und deren Medien diffamiert. Das treibt die Leute den Rechten in die Arme, die z.B. verbal gegen Hartz IV auftreten. Seine Maxime lautete dagegen, die Menschen zu bewegen, selbst aktiv zu werden. So ging er in den Kommunalwahlkampf mit dem Slogan: „Sozial is muss!“

Stets war er auf der Suche nach politischen Verbündeten. Zunächst setzte er Hoffnungen in die SPD, wurde aber bitter enttäuscht. Unter Nutzung von Mehrheiten versucht die SPD in Löhne, die für die wirklichen Bürgerinteressen eintretenden Linken im Rat zu ignorieren. Als die Grenzen seines Wirkens, gestützt auf seinen Freundeskreis, erreicht waren, ging er zur PDS. Die Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung „attac“ wurde von ihm begrüßt. Er musste aber feststellen, dass die Attacis ein kleiner Kreis bleiben und nicht vermögen, viele mitzureißen. Als die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit aus der Taufe gehoben wurde, hoffte er, sie würde zu einer linken Sammlungsbewegung werden. Er war bereit, mit seinen Kräften eine gemeinsame Kandidatur von PDS und ASG zum Landtag in NRW zu unterstützen. Leider geht das nicht,

weil keine gemeinsame Kandidatur zustande gekommen ist. Sein Fazit: „Die Angst vor der Schwäche und der Entsolidarisierung der Linken bewegt mich, nach 15 Jahren Ratsarbeit weiter zu machen.“ Und dafür hat er mit der auf 2 Mandaten beruhenden Ratsfraktion der „Buntern Liste“ in Löhne eine stabile Basis.

Dann ging es um Hoffnungen, Erwartungen und Schwierigkeiten bei der Gründung der WASG. Eine Teilnehmerin berichtete von ihrem Traum, verschiedene linke Ansätze unter einem Dach zu vereinen. Programmatisch seien die Linken an einem Punkt angekommen, der sie veranlassen müsste, sich zusammenzutun. Ihr Resüümee lautete: „Wir kriegen es aber nicht gebacken, uns zusammenzuraufen, weil wir völlig entsolidarisiert sind.“ Im weiteren Verlauf der Debatte wurde die ASG als Krisenphänomen der Linken charakterisiert, das aber noch nicht der Weisheit letzter Schluss sei. Berichtet wurde, dass die ASG zur Zeit in NRW 1.500 und bundesweit 6.000 Mitglieder hat. Diese setzen sich zusammen aus Gewerkschaftslinken, kritischen WissenschaftlerInnen, sozialdemokratischen Linken, Linksliberalen aus dem bürgerlich-alternativen Milieu und Hartz IV-Betroffenen. Als eher qualvoll wurde von verschiedenen TeilnehmerInnen der Prozess der programmatischen Selbstdefinition der Wahlalternative gesehen, die viele „Déjàvus“ aufweist. Während es in den ersten Erklärungen der InitiatorInnen um einen konsequenten Widerstand gegen die „Reformalternative 2010“ und Hartz IV ging, der links von der PDS angesiedelt war, folgten Äußerungen über „Linkspopulismus“ oder Erklärungen, man wolle „keine linke Partei“ werden. Einig waren sich die TeilnehmerInnen darin, dass eine Kandidatur von zwei Parteien mit ähnlichen Programmen zur Landtagswahl im Mai 2005 in Nordrhein Westfalen unglücklich ist, weil sie die Kräfte der Linken aufsplittet. Es wurde die Hoffnung geäußert, dass es in der Zukunft zu einer Vereinten Linkspartei, zu einem Wahlbündnis oder einer Dachorganisation der Linken kommt.

Der gedankliche Bogen der Diskussion weitete sich schließlich zur generellen Befindlichkeit der Linken in NRW aus. Es seien wenige und sie seien nicht sichtbar. Es gelte, offene Räume für das Agieren der Linken zu erschließen. Notwendig seien Partei- und Parlamentsarbeit als Bestandteile des linken Ge-

samtprojekts. Gebraucht werden autonome Gewerkschaften, eigenständige, d.h. von Parteien unabhängige außerparlamentarische Bewegungen, eine eigene kulturelle Tätigkeit. Das Agieren der Linken dürfe nicht inkompatibel zu den bestehenden kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnissen sein, etwa nach dem Motto: „Wir mögen uns und der Rest der Welt interessiert uns nicht.“ Für linke Ideen gibt es wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Die Menschen werden von der neoliberalen Politik über den Tisch gezogen, ohne sich zu wehren. Entscheidend ist die Frage: Wie können wir die Menschen gewinnen? Dabei dürfen die Linken nicht von der Position aus auftreten: „Wir wissen, wo es lang geht!“ Das löst Ablehnung aus. Vielmehr gehe es darum, gemeinsam mit den Betroffenen nach Wegen zur Veränderung ihrer Lage zu suchen.

Insgesamt gelte es, den Teufelskreis der Selbstisolierung der schlecht organisierten und nicht sichtbaren Linken zu durchbrechen. Der Turbokapitalismus neoliberaler Prägung werde gegen die Wand fahren. Der soziale Ausgleich sei die gesündere wirtschaftliche Entwicklung. Entscheidend für den weiteren Erfolg der Linken sei es, ob sie ihre politischen Alternativen erkennt und ergreift. Am Ende der Diskussion wurde die Frage nach der Überwindung der Krise der Linken vorsichtiger als am Anfang beantwortet: Die deutschen Linken beginnen wahrzunehmen, dass ihre tiefe Krise, die durch den Zusammenbruch des europäischen Sozialismus ausgelöst wurde und sich in der Dezimierung der großen linken Parteien sowie in deren Konzeptionslosigkeit manifestierte, zugleich eine Chance für einen Neuanfang darstellt.

Peter Bathke

## Open Spaces! - öffentliche Räume (zurück)erobern, anbieten....

Zunächst einmal haben wir uns über die Ausgangslage verständigt: Während es die Rechte immer mehr versteht, öffentliche Räume zu besetzen, sind linke Sze-  
neknäpfe und Begegnungsorte, Bildungsangebote usw. im städtischen und  
ländlichen Raum immer weniger präsent. Diese fehlende oder schwach ausge-  
prägte linke Infrastruktur und räumliche Verortung in lebensweltlichen Zusam-  
menhängen trägt zur Zersplitterung und Schwäche der Linken bei. Deshalb hal-  
ten wir es für wichtig, dass örtliche Räume und Denkräume zurückerobert wer-  
den. Und wie sehen die Räume denn eigentlich aus, um die es geht?

Wir gehen von drei Arten von Räumen aus: zum einen von den geographischen,  
also von Orten, zum zweiten von Diskurs- und Symbolräumen, und zum dritten  
von Räumen, die durch Mobilität entstehen, durch Events und Hoppings, sich  
nur kurz örtlich manifestieren, dann z.B. durch das Internet weiterbestehen und  
sich zugleich ständig transformieren. Diese drei Arten von Räumen durchkreu-  
zen sich oft gegenseitig oder fallen zusammen: So zeigt sich im öffentlichen  
Raum, dass dieser immer mehr kommerziell besetzt und privatisiert wird. Sitz-  
bänke werden demontiert, und damit nicht nur die Möglichkeit des Niederlas-  
sens genommen, sondern auch Treffpunkte und Diskursmöglichkeiten. Das zielt  
vor allem auch auf Ausschluss der Nicht-KonsumentInnen. Bahnhöfe, die nur  
noch Durchgänge bieten, sollen Gruppen wie Obdachlose ausschließen.  
Zugleich werden diese Räume aber auch symbolisch besetzt: Überall soll und  
darf Werbung hängen, während Graffitis verboten sind. Diese Hegemonie be-  
stimmter Bilder und Zeichen ist auf Konsum ausgerichtet, erzeugt und verstetigt  
den Konsumenten und verdrängt andere Funktionen der Existenz.

Selbst an den Orten, die intellektuelle Räume bieten sollen, wie an den Hoch-  
schulen, werden durch meist innenarchitektonische Umstrukturierungen immer  
weniger Nischen und Treffpunkte für die Diskussion gelassen; dadurch findet  
eine Reduktion auf die Funktion der Uni als Berufsausbildungsstätte statt.

In den Medien als Diskursraum werden die kritischen Räume immer mehr zu-  
rückgedrängt oder gestrichen, auf Sendezeiten „nachts um zwei“ verlagert und  
auf bestimmte Sender, z.B. arte begrenzt. In den meist gehörten und geschauten



Sendern von Jugendlichen, wie 1Live, findet man so gut wie keine politisch-relevanten und kritischen Berichterstattungen.

Zugleich haben wir es mit einer Umfunktionierung „linker“ Symbolik zu tun: Che Guevara-T-Shirts werden hip, ohne dass die TrägerInnen wissen müssen, wen sie da eigentlich auf der Brust tragen. Man kann das als zunehmende Kommerzialisierung, reine Vermarktung und Sinnentleerung betrachten, man kann es aber auch positiv wenden, indem die Präsenz der Symbole eben auch Raum besetzt. In Bezug auf die Besetzung linker Symbole durch Rechtsextreme herrschte Ratlosigkeit: Was macht die Linke eigentlich immer falsch, dass ihr das passiert?

Aber es gibt auch durchaus positive politische Beispiele der Raumaneignung und Besetzung, an die wir uns einerseits erinnern können und die vermehrt in den Alltag zurückgebracht werden können. Ebenso gibt es es Beispiele für kreative Neuschöpfungen der Raumbesetzung, gerade was den von uns an dritter Stellen genannten Raum der Mobilität betrifft. Und es gibt die Möglichkeit, die Lücken zu finden und für sich zu nutzen. Daraus hat sich die Leitfrage für die weitere Diskussion ergeben: Welche Beispiele gibt es, um solche räumlichen linken Strukturen und Netze wieder aufzubauen und/oder zu verstärken?

Genauer könnte man sich in diesem Zusammenhang die Selbsthilfestrukturen und -kultur der ArbeiterInnenbewegung Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts noch einmal anschauen, die es ja geschafft hat, in einer Situation, in der fast der gesamte Alltag von Arbeit bestimmt war, Bildungs- und politische Räume zu erobern.

Im Besetzen von Themen kann attac als good-practice-Beispiel zitiert werden, da attac es geschafft hat, internationale ökonomische Themen, die Linke ja gerne mal den ExpertInnen überlassen, auf die Straße zu holen und sie damit publik zu machen.

Auch die Medien bieten Möglichkeiten, Themen zu besetzen und es stellt sich die Frage danach, nicht nur linke Medien als Plattform zu nutzen, sondern auch die, wie man es schafft und ob es überhaupt sinnvoll ist, in die bürgerlichen Medien einzudringen. Wollen wir denn eigentlich bei Sabine Christiansen sitzen? Oder wollen wir lieber eine Ausweitung anderer Medien, z.B. BürgerInnenradios oder Offene Kanäle? Oder beides? Einigkeit konnte in dieser Frage nicht her-

gestellt werden, aber dafür gab es einen Literaturtipp: Pierre Bourdieu: Über das Fernsehen.

Und mit welcher Sprache werden wir öffentlich? Wie kann man es schaffen, anspruchsvolle Themen weder populistisch noch undurchdringlich-kompliziert zu gestalten? Ein gutes Beispiel ist die englischsprachige wissenschaftliche Literatur, die komplexe Zusammenhänge meist in einer verständlichen Sprache aufgreift und bearbeitet. Das ist in der deutschen Wissenschaft zwar nicht en vogue, hier heißt akademisch sein auch möglichst kompliziert zu schreiben, aber dem kann man sich ja auch widersetzen.

Zugleich gilt es, neue Netzwerke und Zirkel zu bilden, in denen man sich einen Raum für linke Diskussion schafft. Als Beispiel wurde das neu gegründete Café philosophique des RL-Clubs Bonn genannt, das gleich beim ersten Treffen mit 25 Leuten regen Zulauf und eine anspruchsvolle Diskussion hatte.

Und dann gibt es ja noch weitere Nischen: „Berlin umsonst“ macht gerade vor, dass öffentliche Transportmittel einfach so benutzt werden können und Ware nicht gekauft werden muss, sondern in Umsonstläden gebracht und genommen werden kann. Und wenn wir mehr Zeit gehabt hätten, wären uns bestimmt noch mehr Beispiele eingefallen.

Susanne Spindler

## Was macht *open space* auch für linke Diskussionskultur attraktiv?

Die Tagung *Perspektiven linker Politik in NRW* am 19. Februar 2005 wurde mit der Methode *open space* und dem Titel „*Was will die Linke verändern?*“ durchgeführt.

Als Moderatorin habe ich mit der Arbeitsgruppe die Veranstaltung vorbereitet und durchgeführt. Für mich war von Beginn an klar, dass die Methode *open space*<sup>1</sup> zu linker Politik und linker Bewegung passen würde.

So ist *open space technology* doch entstanden aus der Idee, dass klassische Tagungsformen und Veranstaltungsabläufe, sich in langen Workshops langweilen und nicht enden wollende Podiumsgespräche, bei denen Beteiligung wenig stattfindet, nicht unbedingt effektiv und zufriedenstellend für alle Beteiligten ist. Die wichtigen Dinge entwickeln sich in Kaffeepausen und Nebengesprächen und so ist *open space* - einfach formuliert - eine lange Kaffeepause. Ein weiteres inhaltliches Motiv, das sich herauskristallisiert hat, ist die Beteiligung aller an Gestaltungsprozessen. Gestaltung passiert nicht nur in einer Hand, auf einem Schreibtisch oder in einem Kopf- dazu müssen viele gefragt und beteiligt werden.

Gerade mit diesen beiden Herausforderungen halte ich die *open space* Methode für besonders passend für den Bereich der linken Politik – also von der Form und den Beteiligungsmöglichkeiten her.

So wie ich linke Politik verstehe, geht es darum, Dinge anzupacken, Einzelne zu beteiligen, Menschen Gestaltungsformen zu eröffnen. *Open space* bietet einen hierarchiefreien Raum. Hier geht es nicht darum, wer wo mehr zu sagen hat oder dort wichtig ist und hier die Macht hat. Es geht darum, dass jedeR ExpertIn des Themas ist und sich dementsprechend beteiligen kann.

Wie war es nun am 19. Februar konkret: Es waren Menschen verschiedenen Alters dabei und Menschen aus verschiedenen Gruppen – lokal engagiert oder bundesweit. Bei allen hatte ich das Gefühl, dass sie mit *open space* etwas anfangen konnten und den Tag mit gestaltet haben. 10 Workshops haben stattgefunden.

---

<sup>1</sup> Der Begründer der Methode heißt Harrison Owen. Als Hintergrundmaterial kann dienen: Harrison Owen, *open space technology*, Klett-Cotta, 2001.

den. Man konnte zu allen Zeiten Frauen und Männer in intensiven Diskussionen erleben.

Mit einigen habe ich über die Methode *open space* als solche diskutiert – Woher kommt diese denn? Kommt sie aus einem neoliberalen Hintergrund? Kann und wie kann man das auf den alternativen Politiksektor transferieren? ...

Mir hat es Freude gemacht und ich finde da sind zwei gute Dinge zusammengekommen. Spannend wäre nun weiter zu schauen, ob die Herangehensweise kompatibel ist – auch mit einer zugespitzteren Form, sprich mit konkreten Vereinbarungen. Am 19. Februar haben wir nur einen Teil von *open space* erlebt. Aber das wäre eine andere Veranstaltung...

Rita Bergstein (rita.bergstein@gmx.de)

**Rezension:**

**Der Schrei dauert an!  
Oder: Ohne Macht die Welt verändern?**

Bewusster Machtverzicht ist nicht das Gleiche wie Ohnmacht! So lässt sich die Quintessenz des Buches „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ kurz ausdrücken. Im Vorwort zur 2002 erschienenen deutschen Ausgabe macht Autor John Holloway - Politikwissenschaft-Professor aus Mexiko - bereits deutlich, worum es ihm geht: „Es ist möglich, eine menschliche Welt zu schaffen, es ist möglich, die Welt zu verändern, ohne die brutale Logik ihrer Macht anzunehmen. Dieses Buch ist Teil des Kampfes.“

Es ist kein Wunder, dass dieses Buch innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung viel diskutiert ist, verortet sich Holloway doch klar in dieser Bewegung. Die Erfahrungen der antikapitalistischen Bewegungen und die frustrierenden Ergebnisse des „Ganges durch die Institutionen“ beachtend, fordert er die aktuelle Bewegung dazu auf, außerparlamentarische Opposition zu bleiben und nicht dem vermeintlichen Reiz der Macht zu folgen.

Die Frage „Reform oder Revolution?“ entlarvt er als Nebenschauplatz. Allen bisherigen Versuchen antikapitalistischer Weltveränderung hing nach Holloway der Fehler an, die Welt durch den Staat und die Machtübernahme verändern zu wollen: „Mehr als hundert Jahre wurde die revolutionäre Begeisterung junger Menschen dahin gelenkt, eine Partei zu gründen oder zu lernen mit Waffen umzugehen. Über hundert Jahre lang wurden die Träume derer, die eine menschliche Welt wollten, bürokratisiert und militarisiert, [...]“

Spielerisch und mit einer leicht verständlichen Sprache erläutert Holloway die Ideengeschichte der globalisierungskritischen Bewegung. Er schafft es, schwierigste Sachverhalte einfach darzustellen. So lautet der Titel des ersten Kapitels „Der Schrei“. Darin zeigt er, dass das alltägliche Unbehagen an der (kapitalistischen) Welt sich zuallererst in einem stummen Schrei gegen die Verhältnisse ausdrückt.

Leser/innen, die meinen, Holloway liefere in seinem Buch den einen, „richtigen“ Weg, werden enttäuscht sein. „Fragend gehen wir voran“ zitiert er einen Leitspruch der Zapatisten aus Mexiko und fügt hinzu: „Wir fragen nicht nur, weil wir den Weg nicht kennen (wir kennen ihn nicht), sondern auch, weil das Fragen nach dem Weg Teil des revolutionären Prozesses selbst ist.“ Holloway ruft dazu

auf, den Weg zur Veränderung und zur Verwirklichung einer Anti-Macht gemeinsam zu schaffen. Anhaltspunkte dazu liefert das Buch allemal, auch wenn die vermeintliche Ohnmacht und „der Schrei“ auch nach der Lektüre bleiben: „Dieses Buch hat kein Happy End. Nichts an diesem Buch hat die Gräueltaten der Gesellschaft, in der wir leben, verändert. [...] Wenn das Buch in irgendeiner Weise dazu beigetragen hat, den Schrei zu schwächen [...], dann hat es versagt. Das Ziel war, ihn zu stärken, ihn schriller zu machen. Der Schrei dauert an.“

Mark Unbehend

Literatur: John Holloway (2002): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen